



Anfrage

Vorlage: AF/0040/2026					Datum: 20.08.2026				
Verfasser:		005-Ratsfraktion FW				Az.:			
Betreff:									
Anfrage der FREIE WÄHLER Stadtratsfraktion: Schutz von Fußgängern									
Gremienweg:									
03.09.2026	Stadtrat		einstimmig		mehrheitl.		ohne BE		
			abgelehnt		Kenntnis		abgesetzt		
			verwiesen		vertagt		geändert		
	TOP	öffentlich		Enthaltungen		Gegenstimmen			

Anfrage:

Berichte über Unfälle und gefährliche Begegnungen zwischen Fußgängern und E-Scootern und Radfahrenden sind Dauerthemen in Berichten und Leserbriefen in allen Medien. Es ist allerhöchste Zeit, dass Koblenz endlich beginnt, wirklich wirkungsvolle und dauerhafte Maßnahmen zur Vermeidung von Verkehrsunfällen zwischen E-Scootern, Radfahrenden und Fußgängern in besonders betroffenen Bereichen zu beginnen und auf weitere besonders betroffenen Bereiche zu übertragen. Besonders betroffene Bereiche sind aus Sicht der FREIE WÄHLER Fraktion aktuell:

1. Löhrrstraße zwischen Löhrrondell und Münzplatz: E-Scooter und Radfahrende fahren hier in ständig wachsender Anzahl teilweise mit hoher Geschwindigkeit zwischen den Passanten. Passanten sind meistens Einkäufer in der Innenstadt - oft mit Paketen belastet - darunter viele ältere Menschen, die besonders den stationären Einzelhandel für ihre Besorgungen favorisieren, ebenso viele Eltern mit Kinderwagen und weiteren begleitenden Kindern. Teilweise fahren die E-Scooter Slalom zwischen den Passanten!

Man kann davon ausgehen, dass die Attraktivität der Fußgängerzone in der Löhrrstraße – einst zutreffend „Goldene Einkaufsmeile „von Koblenz genannt – nicht nur durch starke Ansiedlungen von Dönerstationen etc. verlorengeht, sondern besonders auch wegen der massiven Gefährdungen und Störungen der Innenstadtbesucher durch E-Scooter- und Radverkehr. Es werden viele Ideen – teilweise sehr kostspielige – zur Rettung der Innenstadt diskutiert. Die nachfolgend vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht nur notwendig zur Gefahrenabwehr, sondern höchst wirksam zur Rettung unserer Innenstadt. Zusätzlich sind sie vergleichsweise kostengünstig.

2. Einkaufszentrum Karthause zwischen im Süden Aldi-Bereich/südliche Grenze evangelisches Gemeindezentrum und im Norden ab Rewe-Bereich bis/ab Aufgang JuBüZ/Brückenübergang Berliner Ring Auch hier: E-Scooter und Radfahrende (viele Kinder unter Ihnen) fahren hier in ständig wachsender Anzahl teilweise mit hoher Geschwindigkeit zwischen den Passanten. Passanten sind viele Einkäufer oft mit Paketen belastet, darunter hier besonders viele ältere Menschen, auch aus den nahe liegenden Alteinrichtungen, ebenso viele Eltern mit Kinderwagen und weiteren begleitenden Kindern. Teilweise fahren die jugendlichen E-Scooter-Fahrer Slalom zwischen den Passanten!

Die FREIE WÄHLER Fraktion schlägt daher vor, folgende konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Verkehrsunfällen und gefährlichen Begegnungen zwischen E-Scootern, Radfahrenden und Fußgängern zunächst in folgenden Bereichen durchzuführen und anschließend in diesen Bereichen

deutlich verstärkte Kontrollen und ebenso konsequente bei Verstößen der Verkehrsteilnehmer gegen die bestehenden Verbote zu ahnden:

1. Bereich der Löhrrstraße zwischen Löhrrondell und Münzplatz die Maßnahmen: Aufstellung von großformatigen Schildern VZ 254 – Verbot für Radverkehr VZ 254 mit mehrsprachigem Zusatz “Radfahren verboten“- für das Verbot von E-Scootern an denselben Stellen geeignete Bild-Hinweisschilder (Entwurf Stadtverwaltung mangels entsprechendem Verbotsschild in der StVO) mit mehrsprachigem Zusatz “E-Scooter verboten“.
 - a) Für den Verkehr in Richtung Nord: jeweils auf der rechten Seite an den Stellen - Beginn Löhrrondell - nach der Kreuzung Altlöhrtor – nach der Kreuzung Pfuhlgasse – zu Beginn der Markstraße
 - b) Für den Verkehr Richtung Süd: jeweils auf der rechten Seite in südlicher Richtung zu Beginn der Markstraße – zu Beginn der Löhrrstraße – nach der Kreuzung Pfuhlgasse – nach der Kreuzung Altlöhrtor- an der Abzweigung zum Löhrr-Center.
2. Im Bereich Einkaufszentrum Koblenz zwischen im Süden Aldi-Bereich/Grenze Evangelisches Gemeindezentrum und im Norden bis Rewe-Bereich bis/ab Kreuzungsbereich Übergang Berliner Ring die Maßnahmen Aufstellung von großformatigen Schildern VZ 254 – Verbot für Radverkehr VZ 254 mit mehrsprachigem Zusatz “Radfahren verboten“- für das Verbot von E-Scootern an denselben Stellen geeignete Bild-Hinweisschilder (Entwurf Stadtverwaltung mangels entsprechendem Verbotsschild in der StVO) mit mehrsprachigem Zusatz “E-Cooter verboten“.
 - a) Für den Verkehr in Richtung Nord: jeweils auf der rechten Seite an den Stellen – Beginn Aldi-Bereich/Grenze Evangelisches Gemeindezentrum- Kreuzungspunkt mit Verbindungsweg von Bedarfsampel an der Simmerner Straße gut sichtbar für Einfahrende in den Bereich des Einkaufszentrums – am Endpunkt der Rampe oben im Einkaufszentrum gut sichtbar von Benutzern der Rampe aufwärts - -an der Treppe vom/zum Parkplatz vor Rewe gut sichtbar von Benutzern der Treppe aufwärts –
 - b) Für den Verkehr Richtung Süd: jeweils am Kreuzungspunkt Übergang über Berliner Ring zum Einkaufszentrum – übrige Stellen siehe unter a)

Die FREIE WÄHLER Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Situation in der Löhrrstraße zwischen Löhrrondell und Münzplatz?
2. Wie viele Unfälle wurden in der Löhrrstraße zwischen Löhrrondell und Münzplatz in den zurückliegenden 12 Monaten registriert, bei denen Fahrräder oder E-Scooter beteiligt waren?
3. Wie bewertet die Verwaltung die Situation im Einkaufszentrum Karthause zwischen im Süden Aldi-Bereich/südliche Grenze evangelisches Gemeindezentrum und im Norden ab Rewe-Bereich bis/ab Aufgang JuBüZ/Brückenübergang Berliner Ring?
4. Wie viele Unfälle wurden im Einkaufszentrum Karthause zwischen im Süden Aldi-Bereich/südliche Grenze evangelisches Gemeindezentrum und im Norden ab Rewe-Bereich bis/ab Aufgang JuBüZ/Brückenübergang Berliner Ring in den zurückliegenden 12 Monaten registriert, bei denen Fahrräder oder E-Scooter beteiligt waren?
5. Wie bewertet die Verwaltung die von der Fraktion vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen?
6. Wenn die Verwaltung diese ablehnen sollte, wie gedenkt die Verwaltung die geschilderten Probleme nachhaltig zu lösen?

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Finanzielle Auswirkungen: